

Koalitionsvertrag: Mehr Polizeistaat, weniger Bürgerrechte !

Wer in dieser Bundesrepublik Deutschland nicht zu den "Privilegierten" gehört, soll auch keine Bürgerrechte mehr haben ! So die Kurzfassung des mit den so genannten Liberalen (FDP) abgeschlossenen Koalitionsvertrages. Am 20.10.2009 wurde vom Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Hans-Jürgen Papier die mehr als peinlichen Ausführungen der Bundesregierung zur damaligen Ermittlung des Regelsatzes durch die SPD-Schröder-Regierung als nicht "an das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums" kritisiert. Es sind bereits weitere die Grundrechte der mit Existenzminimum lebenden Menschen missachtenden Vereinbarungen im Schwarz/Gelb-Koalitionsvertrag festgelegt worden. "Mein Kampf" der Koalition ? Das "Grundrecht auf Gleichheit vor dem Gesetz" ist nicht mehr gewährleistet, wenn Prozesse mit der Hilfe durch Rechtsbeistände vor Gericht für arme Menschen durch die geplante Abschaffung der Prozeßkostenhilfe geblockt werden. Siehe @lptraum 11/08 "Arm = Rechtlos ?". Das die Gläubigerrechte gestärkt werden müssen, noch hoheitliche (Gerichts)vollzieheraufgaben auf "Beliehene" (Hilfs-Sheriffs ?) übertragen werden sollen, passt ebenso in das Bild von bürgerrechtefeind-

Pläne der Koalition Schwarz-Gelb ?

Demokratie privatisieren



lichen Ellenbogen-Gesellschafts-Politikern, die Polizeirechte stärken, und Freiheiten zurückfahren wollen. Auch das Melderecht soll verschärft werden. Zeugen sollen bei Ermittlungen nicht mehr nur vor Richter und Staatsanwalt aussagen, sondern müssen, u.U. auch zwangsweise, dieses bei der Polizeibehörde tun. Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, das beliebte Spiel der Polizei-Willkür zur Kriminalisierung von Bürgern, die noch an Grundrechte auf freie Meinungsäußerung glaubten, erhalten hiermit ein weiteres Geschenk der "freiheitlich-demokratischen" Koalitionäre. Da diese sich aus jeder sozialen Verantwortung hinausstellen wollen und werden (Eigentum verpflichtet ? zu nichts !), ist geplant, statt einer Gewährleistung des Grundrechtes auf ein menschenwürdiges Exis-

tenzminimums staatlich zu erbringende Leistungen zu pauschalisieren. Da von Sozialbehörden häufig wesentlich falsche und rechtswidrige Berechnungen zu den Kosten der Unterkunft und der Heizung zu Klagen vor Sozialgerichten führten, ist es eine "tolle" Idee der mit allem versorgten Politiker, abermals den "lästigen Pöbel" mit pauschalen Brosamen abzufüttern, ansonsten aber völlig rechtlos zu stellen. Das Wohngeld sowie das Kindergeld stehen auch "vor der Prüfung". Mit Sicherheit führt auch diese "Reform" dazu, den Kreis der Berechtigten abermals zu reduzieren, Geld für Banken, Industrie und Politiker frei zu machen. Der Krankenkassenbeitrag wird für die Arbeitgeber festgeschrieben, steigende Gesundheits-Politik-Mehrkosten trägt dann nur noch die Arbeitnehmerschaft. Ein gut geplanter Coup ist auch die Kopfpauschale bzw. das Bürgergeld. "Kaum noch überschaubare steuerfinanzierte Sozialleistungen", so das Argument der Vertreter der Bundesregierung bereits bei der ersten Anhörung zur Regelsatz-Klage vor dem Verfassungsgericht, "müssten durch **Gestaltungsraum der Regierung geregelt werden können**". Dem widersprach der Gerichtspräsident. Verlassen wir uns aber nicht darauf. **Eigene Rechte selbst verteidigen ! Das Böse nicht zulassen!** (HaDe)

<p>Das Kapital verhalf Schwarz-Gelb an die Macht ? Wundere Dich nicht Dass Du die Krise zahlen wirst</p>	<p>Das Kapital verhalf Schwarz-Gelb an die Macht ? Wundere Dich nicht Dass Du noch ärmer wirst</p>	<p>Das Kapital verhalf Schwarz-Gelb an die Macht ? Wundere Dich nicht Dass Du noch rechtloser wirst</p>
---	---	--

Direkt oder indirekt betroffen ? - Erwerbslos ? - ALG-II- oder SozialgeldempfängerIn ? Zu Risiken und Nebenwirkungen empfehlen wir den solidarischen Zusammenschluss, Aufnahme des Kampfes in Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte bereits zusammengeschlossen haben. **Kontakte siehe letzte Seite**

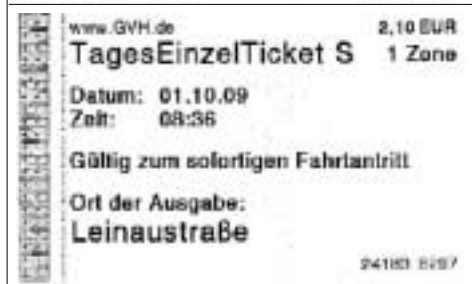
@lptraum - eine kostenlose Zeitung der Projektgruppe gegen die Agenda 2010

Wir treffen uns z.B. jeden Montag 18.00 Uhr bei der Montagskundgebung am Schillerdenkmal.

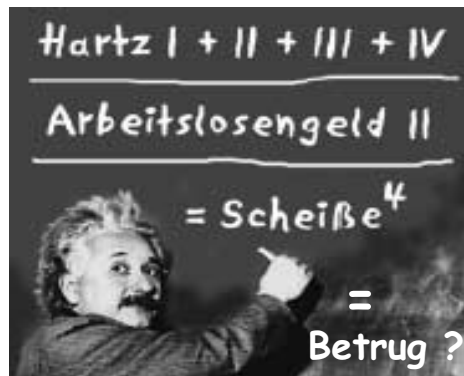
MitstreiterInnen sind herzlich willkommen !

www.alptraum.org - info@gegen-sozialabbau.de



@lptraum bleibt dabei: Der SozialTarif ist unbefriedigend

Um den **SozialTarif** in der Region straffrei nutzen zu können, müssen Berechtigte bei den häufig zu erwartenden Kontrollen im Bereich des **GVH 4 Ausweise** vorzeigen: 1.) einen zum Fahrtantritt gültigen Fahrausweis **TagesEinzelTicket S**, ausgestellt für die richtige Ticket-Zone. 2.) die 30 Tage gültige Wertmarke á 4,- €, die bereits vor einer Kontrolle mit Namen der Berechtigten versehen sein muss. 3.) Hannoveraner müssen den **Hannover-Aktiv-Pass**, Regionsbewohner den **Region-S-Pass** vorzeigen, die 4.) nur in Verbindung mit einem stets mitzuführenden, amtlichen Lichtbildausweis anerkannt werden. **Alles verstanden? Dann man los.** Nutzt die Mobilität zu politischen Treffen. (HaDe)



@lbert 1stein im November:

"Der Mensch erfand die Atombombe, doch keine Maus der Welt würde eine Mausefalle konstruieren."

(Albert Einstein 1879-1955)

@lptraum-SozialTarif: Und das sind Deine Kosten für Mobilität

MonatsCard	50,00 €	60,80 €	72,00 €	85,00 €
Anzahl Fahrscheine	Zone 1 (2,10 €)	Zone 2 (2,80 €)	Zone 3 (3,50€)	ermäßigt (2 x 1,20€)
Ticket-S	(Die Mengen-Preise berücksichtigen den Kauf der 4,00 € Wertmarke)			Hannover-Pass 5,40 €
1	6,10 €	6,80 €	7,50 €	7,80 €
4	12,40 €	15,20 €	18,00 €	15,00 €
8	20,80 €	26,40 €	32,00 €	24,60 €
12	29,20 €	37,60 €	46,00 €	34,20 €
16	37,60 €	48,80 €	60,00 €	43,80 €
20	46,00 €	60,00 €	74,00 €	53,40 €
24	54,40 €	71,20 €	88,00 €	63,00 €
28	62,80 €	82,40 €	102,00 €	72,60 €

Wurde zum 01. Okt. 09 eingestellt

Der bisherige Hannover-Pass rechts im Vergleich, jedoch 2 Tickets (hin und zurück), galt nur im Stadtgebiet.

GVH-Einführung "Wertmarke-S" und "Ticket S" seit 1. Oktober 2009:

Die Tickets sind bei den Verkaufs- und Servicestellen des GVH erhältlich, an den Automaten der üstra AG und der DB Regio AG sowie beim Fahrpersonal der RegioBus Hannover GmbH und der üstra AG: www.alptraum.org
Mit der Einführung des GVH-Sozialtarifes zum 01.10.2009 entfällt das bisherige GVH-Tarifangebot "HannoverPass"

Impressum: "ALP-Traum" ist ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe "Agenda 2010 kippen" Hannover
+++ Mitglied im DPV - Deutscher Presse Verband e.V. für Journalisten, Hamburg +++
Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0151 / 16 56 24 31
@lptraum-Redaktion (Alp) - Gastbeiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.
Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover
www.alptraum.org, Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: info@gegen-sozialabbau.de
@lptraum erscheint monatlich, Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung
Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg
Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch.
Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.
Bei Spendeinzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papieraussagen Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

Unterstützt bitte weiterhin unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto:
H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch.
Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.
Bei Spendezahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papieraussagen Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

Die Welt wird nicht durch das Böse bedroht, sondern durch Menschen, die das Böse zulassen



Wer hilft in Hannover den Hartz-IV-Betroffenen ?

ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
ALZ, An der Christuskirche 15	Termin vereinbaren, 167 686-0
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goserieide 10	Termin vereinbaren, 12 400-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 70 14 8-21
SVdK, Rote Reihe 15	Termin vereinbaren, 1 31 72 20
pro familia, Goserieide 10	Termin vereinbaren, 36 36 06
[ka:punkt], Gruppenstraße 8	Termin vereinbaren, 27 07 39-0
Erwerbslosen-Begleitservice	...ist im Aufbau 0173 / 138 70 81

Zu Risiken und Nebenwirkungen: Erwerbsloseninitiativen befragen!
Die "freien" Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, erheben Gebühren. Sie sind oft sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen!

ca. 100 JobCenter-Kunden legen Widerspruch gegen Regelsatzhöhe ein

Der Arbeitskreis Arbeitslose Linden rief zum 19.10.2009 auf, vor einem der 16 JobCenter der Region eine Aktion zu der am 20.10.2009 anstehenden Klage beim Verfassungsgericht zur Regelsatzhöhe zu machen.

Herr Rodewald, Bereichsleiter im Eingangsbereich des JobCenter Walter-Gieseking-Straße zeigte sich wenig kooperativ, verweigerte, im Gegensatz zu früheren, genehmigten Aktionen seine Zustimmung. Die Gruppe der Aktivisten wurde auf die Straße verbannt. Mit einer Anmeldung bei der Polizei war das kein Problem. Probleme hatten jedoch die JobCenter-Beschäftigten, da sie im Laufe der vormittäglichen Aktion die ca. 100 vorbereiteten Überprüfungs-Widersprüche gemäß SGB-X §44 annehmen mussten, dabei häufig nicht gewillt waren, den Antragstellern auch eine Kopie anzufertigen um darauf die Annahme des Schriftstückes mittels Eingangsstempel zu bestätigen. Mehrfach mussten Aktivisten Antragsteller begleiten, Rechte durchsetzen. Beschwerden der Job-Center-Mitarbeiter riefen (den von Arbeit freigestellten) ver.di-Personalrat Volker Zimmermann auf den Plan, der nur einen Konflikt - ver.di-Erwerbslose vs. JobCenter-MitarbeiterInnen (ver.di) sah, nicht auf die auch an diesen Tage häufig verletzte Rechte der JobCenter-Kunden eingehen wollte. **Diese Aktion**



Bereits um kurz vor 8.00 Uhr waren erwerbslose Helfer vor dem JobCenter

sowie alle von Erwerbslosen angebotenen Begleitungen sind selbstverständlich nicht gegen Mitarbeiter der Job-Center gerichtet. Allerdings sind häufig Defizite - nicht nur im korrekten Umgang mit "Kunden", sondern auch Differenzen zwischen dem Wissen der Rechtslage und den Dienstanweisungen festzustellen, die meistens zu Lasten "normaler" Kunden gehen, die ihre Rechte nicht kennen. Dass nach Aussage von Volker Zimmermann gerade er und noch weitere genannte und dem @lptraum bekannte ver.di-VertreterInnen sich aktiv bei den Job-Centern für Erwerbslose einsetzen würden? @lptraum hat mehrfach die Namen von Gewerkschaftlern benannt, die sich gar nicht, nicht einmal zum solidarischen (Bestand-) Schutz der noch arbeitenden Kollegen und ebenfalls den erwerbslosen Kollegen verpflichtet fühlen. ver.di-

"Kollege" Jürgen Hohmann, siehe "offener Brief", vertritt in Bezug auf 1-€-Jobs eher die fiskalischen Interessen der Stadt und gieriger Maßnahmeträger, als die Würde und Rechte der aus dem Arbeitsmarkt geworfenen Kollegen zu achten. Damit nicht genug. Da unter den ELO-Aktivisten vor dem JobCenter ver.di-Kollegen erkennbar waren, gingen umgehend auch telefonische Beschwerden an die ver.di-ELO-Betreuungs-Sekretärin Adelheit Wentzel. Hoff man damit, die in ver.di organisierten Erwerbslosen disziplinieren zu können? @lptraum hat bereits mehrfach auf das bewusst rechtswidrige Handeln der Sozial- bzw. Arbeitsverwaltungs-Behörden hingewiesen, ist auch der Meinung, dass 1. mehr und 2. fachlich besser ausgebildetes Personal in diesen Ämtern eingestellt werden muss. Das ist wichtig, damit die Mitarbeiter im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und nicht nur nach Dienstanweisungen entscheiden können. Bezüglich der gewerkschaftlichen Vertretung sind die meisten der Erwerbslosen in Hannover ernüchert, bieten Hilfe zur Selbsthilfe an, begleiten sich gegenseitig zu den Ämtern und nutzen die verschiedenen Erwerbslosentreffs zum Austausch von Erfahrungen. Siehe @lptraum Seite 8 oder die homepages: www.alptraum.org bzw. www.arbeitslosenkreis-linden.de

ver.di-Erwerbslosenausschuß: Gibt es gar keine Vernetzungen mehr ?

Seit drei Monaten sind die ver.di-Erwerbslosentreffs in der Goserieide ausgefallen. Als Grund hat @lptraum Feindseligkeiten persönlicher Natur ausgemacht, also die scheinbar immer unvermeidlichen Kämpfe darum, wer denn das "große Geweih" tragen darf, um trotz Erwerbslosigkeit "imposant zu wirken". Das mag einigen Hirschkühen gefallen, der Einigkeit und Stärke im Kampf gegen den mit Hartz IV verstärkten Demokratie- und Sozial-Abbau ist es jedoch wenig dienlich. Ganz im Gegen-

teil. Anstatt sich mit anderen Aktiven im Bundesgebiet zu vernetzen, werden Treffen z.B. mit dem ABSP vermieden, sogar blockiert, nur weil z.B. dem Vorsitzenden des ver.di-Erwerbslosen-Ausschusses die Nase eines (oder mehrerer) Mitstreiter aus Hannover nicht gefällt. Zweimal schon wurde (aus persönlichen Gründen) ohne Verabredung mit der Basis eine Einladung an das ABSP vereitelt, obwohl oder weil Aktivisten aus Hannover das Treffen in Hannover initiierten. Das ABSP ist in Niedersachsen

und Bremen sowie in Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Berlin aktiv, kann derzeit aus der Kasse "Stiftung Menschenrechte" 75% der Fahrkosten übernehmen. Zuletzt waren Gastgeber aus den Städten Göttingen und Magdeburg aktiv. **Zu Samstag den 09. Jan. 2010** lädt u.a. @lptraum nach Hannover ein. Für dieses Treffen sind in der Gemeinde der Erlöserkirche in Linden-Süd (Nähe Siloah) Räumlichkeiten gefunden. Mitstreiter, auch "nur zur Gästebetreuung", bitte beim @lptraum melden. (HaDe)

Sozialgericht Dortmund: Vertrauensschutz bei ALG II-Überzahlungen Amts-Irrtum zu Ihren Gunsten - Zuviel gezahltes ALG II muss nicht immer erstattet werden:

Muss man als Bürger schlauer sein als die Behörde? Manche Ämter meinen das wohl schon - und gerade die JobCenter verlangen von Hilfebedürftigen ganz selbstverständlich "sofortige Rückerstattung", wenn sie selbst einmal zu viel ALG II bezahlt haben. Ihr Argument dabei: Der ALG II-Empfänger hat ja auch die Pflicht, den Bewilligungsbescheid auf Richtigkeit zu prüfen, das Amt auf Fehler hinzuweisen... Da lässt dieses Hartz IV-Urteil des SG Dortmund von solchen Zahlungsaufforderungen betroffene ALG II-Bezieher aufhorchen. Die Richter entschieden: Ist der Rechenfehler des Amtes nicht sofort erkennbar, muss der Hilfeempfänger auf die Richtigkeit des Bescheides vertrauen können, darf die Behörde später von ihm keine Erstattung der angeblich zu viel gezahlten Gelder verlangen. **Unkenntnis von Überzahlung beruht nicht auf grober Fahrlässigkeit:** Ist für Bezieher von ALG II anhand der Bewilligungsbescheide nicht ohne weiteres erkennbar, dass die Grundsicherungsbehörde Einkommen unzureichend angerechnet hat, darf die Behörde Überzahlungen für zurückliegende Zeiträume nicht zurückverlangen. Dies hat das Sozialgericht Dortmund mit Urteil vom 22.07.2009 entschieden. (Az.: S 28 AS 228/08) Im zugrunde liegenden Fall verlangte die Arbeitsgemeinschaft Märkischer Kreis von

einer dreiköpfigen Familie aus Hemer die Erstattung von 2.314,-€ an Leistungen nach SGB II. Die ARGE hatte über einen Zeitraum von zwei Jahren mehrere Neuberechnungsbescheide erlassen, weil die Eheleute über wechselnde Beschäftigungen und Einkommen verfügten. In diesem Zusammenhang vergaß der Sachbearbeiter, das Kindergeld für die Tochter auf deren Leistungsanspruch durchgehend anzurechnen. Auf die Klage der Familie hat das SG Dortmund die Erstattungsbescheide der ARGE aufgehoben. Zwar sei das Kindergeld als Einkommen auf den Leistungsanspruch der Tochter anzurechnen, der Rücknahme der Bewilligungsbescheide stehe jedoch ein Vertrauensschutz der Kläger entgegen. Diese hätten die Leistungen für den Lebensunterhalt der Familie verbraucht. Die Eltern hätten die erforderliche Sorgfalt nicht in besonders schwerem Maße verletzt, so dass ihre Unkenntnis von der Überzahlung nicht auf grober Fahrlässigkeit beruhe. Sie hätten davon ausgehen dürfen, dass die Behörde ihre Angaben zum Kindergeld vollständig berücksichtige. Wegen der komplizierten Gestaltung der Bewilligungsbescheide und der schwankenden Leistungshöhe auf Grund der Anrechnung wechselnder Erwerbseinkommen sei die fehlerhafte Berechnung der Leistungen für einen juristischen Laien nicht augenfällig ge-

wesen. **Doch trotz dieses Urteils:** Wenn Fehler "offenkundig" sind, also beispielsweise im Bewilligungsbescheid beim Betrag ein Komma verrutscht, ein Hilfeempfänger plötzlich das Zehnfache bekommt, muss er das natürlich auch künftig zurückzahlen: - Nach § 40 Abs. 1 Satz 1 SGB II gilt für das Verfahren nach dem SGB II das SGB X unmittelbar. Bei Änderungen der Verhältnisse, ist der Verwaltungsakt mit Wirkung für die Zukunft aufzuheben (§ 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X). Der Verwaltungsakt ist auch mit Wirkung für die Vergangenheit unter den Voraussetzungen des § 48 Abs. 1 Satz 2 SGB X i. V. m. § 40 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB II und § 330 Abs. 3 SGB III aufzuheben. Die bereits erbrachten Leistungen sind nach § 50 SGB X zu erstatten. Die Rückforderung ist bei Zugang des Aufhebungs- und Erstattungsbescheides unmittelbar fällig. Ggf. sind Zahlungserleichterungen zu Gunsten des Schuldners gemäß § 76 Abs. 2 SGB IV möglich. Bezieht der Schuldner weiterhin Leistungen nach dem SGB II, so kann nach den Vorschriften des § 43 SGB II ggf. aufgerechnet werden. **Hinweis:** Zu beachten ist § 40 Abs. 2 SGB II, wonach bei vollständiger Aufhebung des Alg II ohne schuldhaftes Verhalten des Leistungsbeziehers 56 % der KdU mit Ausnahme der Kosten für Heizungs- und Warmwasserversorgung nicht zu erstatten sind. www.sgg

@Iptraum-Zitate, Infos & Schlagzeilen aktuell im November:

@Iptraum-Hannover-Aktiv-Pass: SCHWARZ-GELB ? NEIN DANKE !

"Das ist für mich ein Spaß-Pass, so was können wir uns nicht leisten."

Wilfried H. Engelke (FDP-Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Hannover) fordert als drastische Haushalts-Sparmaßnahme u.a. die Abschaffung des eben eingeführten Hannover-Aktiv-Passes...

@Iptraum-Matthäus-Evangelium: Arm & Reich anno 80 nach Chr.

"Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, und er wird die Fülle haben; wer aber nicht hat, dem wird auch, was er hat, genommen werden."

Hartz IV bereits vor ca. 1930 Jahren ? (Quelle: Matthäus-Evangelium 13,12)

@Iptraum-Ausstellung: "Künstler und Kriege - Krieg und Kunst"

Darstellungen aus einem Jahrhundert - bis zum 29. November 2009

Sprengel Museum Hannover, Kurt-Schwitters-Platz, 30169 Hannover: www.sprengel-museum.de

"Soldaten finde ich cool - die schiessen nicht nur auf Menschen, sondern auch sich selber tot."

(Aufgeschnappt in der [üstra](http://www.uestra.de)-Linie 10 von zwei coolen Erstklässlern - ErSt)

@Iptraum-Rolle: Wer fürchtet sich vor'm Schwarzen Mann ?

"Man sollte sich doch jedem Schwarzen gegenüber freundlich und menschlich verhalten - es könnte ja ich sein."

Günter Wallraff, Journalist und Schriftsteller, zu Berichten, wonach er in die Rolle eines Flüchtlings aus Somalia geschlüpft ist. (Quelle: [ver.di NEWS](http://www.verdi-news.de) - Infoservice für Aktive 14/09) www.verdi-news.de

@Iptraum-Mindestlohn-Schraube: Deutlich nach oben = 10 €uro?

Doc M. Sommer erklärte, der **DGB** werde die Forderung nach 7,50 €uro die Stunde auf dem **DGB**-Bundeskongress im Mai 2010 **"deutlich nach oben schrauben."**

(Quelle: [einblick](http://www.einblick.de) - gewerkschaftlicher Info-Service 16/09) www.einblick.dgb.de

SAT.1 Niedersachsen und Bremen 17.30 live: 5 Jahre Montags-Demo Hannover

[www.hannover.1730sat1.de/top-thema.html?&cHash=f14a9de118&tx_ttnews\[backPid\]=14&tx_ttnews\[tt_news\]=21918](http://www.hannover.1730sat1.de/top-thema.html?&cHash=f14a9de118&tx_ttnews[backPid]=14&tx_ttnews[tt_news]=21918)

@lptraum-Video-Überwachung 2009: "BigBrother" bei DB-Regio und üstra

Nachdem zwei Jugendliche in München einen Geschäftsmann in einer S-Bahn-Station zu Tode geprügelt hatten, hat Niedersachsens Innenminister Uwe Schönemann (CDU) eine bessere Video-Überwachung gefordert. "Die Betätigung des Notrufknopfes in einer S-Bahn oder auf einem Bahnsteig müsse sofort dazu führen, dass das Kamerabild auf einem Monitor in der Leitzentrale erscheint", so der Politiker. In Hannovers S-Bahn-Stationen wird die Forderung des Ministers zum Teil schon umgesetzt: Von 200 Überwachungskameras sind 120 im DB-Bereich Hauptbahnhof installiert. Die übrigen 80 Geräte befinden sich auf etwa der Hälfte der insgesamt 60 S-Bahnhöfe. "Drückt dort jemand den Notrufknopf, schaltet sich in der Sicherheitszentrale sofort ein Monitor ein", erläuterte Bahnsprecherin Sabine Brunckhorst. "Eine 100-prozentige Sicherheit wird es durch den alleinigen Einsatz von Überwachungskameras jedoch nicht geben." Die Notrufknöpfe in den S-Bahnen sind aber bislang nicht an Überwachungskameras gekoppelt. Es wird lediglich ein Notrufsignal an den S-Bahn-Fahrer weitergeleitet. Dieser verständigt dann die zuständigen Beamten der Bundespolizei. - Insgesamt hat die üstra (tägliches Fahrgastaufkommen von mehr als 500.000 Menschen) 53 ihrer 291 Stadtbahnen und 69 von insgesamt 135 Bussen mit Videokameras ausgerüstet. Außerdem hängen Aufzeichnungsgeräte in allen Tunnelstationen und deren Zugängen sowie in den oberirdischen Haltestellen rund um das Stadion und in den Stationen Wettbergen und Roderbruch. "Wenn jemand auf die Taste einer Notrufsäule drückt,

nimmt ihn, sofern Video-Überwachung vorhanden ist, die nächste Kamera sofort ins Bild. Die Aufnahmen sind direkt auf einem Monitor in der Zentrale unseres Sicherheitsdienstes **protec** zu sehen. Auch die Polizei kann sich einschalten", so der üstra-Sprecher Udo Iwannek. Die Aufnahmen aus den Fahrzeugen werden 24, die aus den Stationen 48 Stunden gespeichert und dann automatisch gelöscht - es sei denn, es könnte ein Vorfall auf ihnen zu sehen sein. Zum Sicherheitspaket der üstra zählen auch Streifendienste der **protec** (82 Angestellte seit Anfang Oktober für 40.000 € im neuen dunkelblauen Outfit) teils in Uniform, teils in Zivil. "Wir sorgen für Sicherheit", sagte Steffen Guder, Leiter des Sicherheitsbereiches. Niemand solle sich mehr fragen, welche Aufgaben die **protec**-Mitarbeiter eigentlich hätten. - Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im NP-Interview zum S-Bahn-Mord von München-Solln: "Mehr Videokameras auf Bahnhöfen, in Nahverkehrszügen und S-Bahnen sowie deutlich mehr Polizeipräsenz und Sicherheitspersonal sind aus meiner Sicht die richtige Antwort."

"Zivilcourage hat viele Gesichter -



Zeig Deins !" - unter diesem Motto warben im September in der U-Bahn-Station Kröpcke der niedersächsische Innenminister Uwe Schönemann (CDU) und üstra-Chef André Neiß für Zivilcourage. @lptraum war vor Ort:

"Wir wollen die Menschen ermutigen jetzt gerade Zivilcourage zu zeigen - jeder auf seine Art. Aufzustehen, auch wenn andere sitzenbleiben, um gemeinsam mit anderen Fahrgästen das Wort zu ergreifen, die Polizei zu rufen oder den Notrufknopf zu drücken" sagte Schönemann. "Busse und Bahnen sind sichere Verkehrsmittel", erklärte üstra-Vorstandsvorsitzender André Neiß, "wir beschützen unsere Fahrgäste wirksam durch das Sicherheitspersonal der **protec** und unsere Investitionen in Video- und Notruftechnik."

Infos: www.aktion-tu-was.de

@lptraum-Anmerkung dazu:

Eine Untersuchung aus den Jahren 2006/2007 im Auftrag der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) kam zu dem Ergebnis, durch Video-Überwachung sei "keine Veränderung der Sicherheitslage in der Berliner U-Bahn zu erwarten."

@lptraum-Lesetipps: 1984 von George Orwell (1903-1950). Die Erstausgabe kam Juni 1949 in den Londoner Buchhandel. Heute hat London europaweit die meisten Videokameras im Stadtbild. Vier Millionen Kameras überwachen täglich die Menschen auf Großbritanniens Straßen auf Schritt und Tritt.

Infos: www.george-orwell.org

Siehe auch: "BigBrother-@lptraum im Deister: RegioBus testet Ü-Kameras" (@lptraum 12/2007) sowie "@lptraum-BigBrother-DB: Videokameras für alle 59 S-Bahnen ab 2013" (@lptraum 05/2009) sowie "Aktion Videoüberwachung in Hannover - 24.10.2008" unter: wiki.vorratsdatenspeicherung.de - 2008 und 2009 war @lptraum Medienpartner der bundesweiten Demos in Berlin "Stoppt den Überwachungswahn !" - Infos: freiheitstuttgart.de (ErSt)

Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben - Polizei als @lptraum ?



Tatort Schillerdenkmal: Provokativ und mit hohem Tempo braust ein Streifenwagen dicht an die bereits seit 5 Jahren dort stattfindende, immer korrekt angemeldete, stets friedliche und fröhliche Montagsdemo. Eins-Zwei-Drei, im Sauseschritt, traben zwei Beamte auf die vom Versammlungsrecht her doch zu schützende Veranstaltung. "Die Demo müsse sofort beendet werden", tönte der Polizeibeamte Rex, und Frau Oster von der Polizeiinspektion-Mitte stand



ihm zur Seite. Der Beamte Rex hatte vermutet, dass die Demo bis 19.00 Uhr angemeldet ist und er sie um 19.05 Uhr Kraft seiner Polizeigewalt auflösen müsse ? Lernt man so etwas auf der Polizeischule ? Die Veranstaltung ist durch ihn gestört worden, obwohl er sofort über seinen Irrtum aufgeklärt wurde. Er hätte sich vor seinem unmöglichen Auftritt informieren können, die der Polizei vorliegende Anmeldung: 18.00 - 19.15 Uhr zur Kenntnis genommen haben, anstatt



"den Rambo zu machen". Den Zeitpunkt eines friedlichen Demo-Endes hat die Versammlungsleitung anzusagen, nicht ein im Staatsbürgerrecht unwissender Polizist nach eigenem Gutdünken. Peinlich für Deutschland, dass die Gäste aus Südafrika, Mexiko, Brasilien, Venezuela und USA den Polizeiübergreif hier in Hannover hautnah erleben mussten. Ist das "Normalität" oder hilft die Dienstaufsichtsbeschwerde, "Rambo's" bei der Polizei zu stoppen ? (HaDe)

Meldet Vorkommnisse mit Ämtern - wir veröffentlichen !

Beim nächsten Amts-Besuch, zum JobCenter, zum Sozialamt oder zum Wohnungsamt, empfiehlt das ArbeitsLosenPresse-Traumteam, einfach Papier und Stift, auch einen Freund oder eine Freundin mitzunehmen, das Erlebte aufzuzeichnen, zu skizzieren. Es werden zu diesen Themen weiterhin kreativ-zornige AutorInnen bzw. Material-

und Info-SammlerInnen gesucht ! **Greift zu eurer spitzen Feder !** Falls Ihr euch selbst als nicht so begabt einstuft, so liefert uns doch bitte gut fundierten Geschichtsstoff, der **den Wahnsinn der neoliberalen Politik** anhand sich tatsächlich zugetragenen Begebenheiten **aufzeigen und entlarven** kann. Wichtig ist, dass wir den Lügen und

der gezielten Desinformation entgegenzutreten. Die Landesmedienanstalt hat freien Bürgerfunk eingeschränkt. Ab 1. April **radio flora** nur noch im Internet ! (Alp)

alptraum@radioflora.de

radio flora ((-
Hannovers Bürgerradio
Im Internet www.radioflora.de

**Unterstützt bitte weiterhin unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto:
H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg**

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch. Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich. Bei Spendenzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papierausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.

@lptraum möchte Sie/euch auf die 2. Auflage (Juni 2009) der Broschüre der **"Berliner Kampagne gegen Hartz IV"** aufmerksam machen. Sie trägt den Titel: **"Wer nicht spurt, kriegt kein Geld" - Sanktionen gegen Hartz-IV-Beziehende**

Erfahrungen, Analysen, Schlußfolgerungen: In dieser Broschüre werden die Ergebnisse dreier Befragungen vorgestellt, welche die Auswirkungen der Sanktionspraxis nach § 31 SGB II auf die Betroffenen verdeutlichen. Befragt wurden sanktionierte und nicht sanktionierte ALG-II-Beziehende sowie 28 Berliner Sozialberatungsstellen. Die Ergebnisse zeigen: Sanktionen, also die Kürzung des ALG II, bzw. Sanktionsandrohungen beeinträchtigen in gravierender Weise den Alltag und die Lebensmöglichkeiten der Betroffenen und ihrer Familien. Die Angst, etwas falsch zu machen und die kräftezehrende Auseinandersetzung mit falschen Anschuldigungen des JobCenters lähmen die Eigenbemühungen der Erwerbslosen. Sanktionsdrohungen bevormunden diejenigen, welche sich durch den Verlust ihres Arbeitsplatzes ohnehin schon "gestraft" fühlen. "Spuren" tritt an die Stelle von Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und dem Aufbau einer Perspektive, die nicht nach kurzer Zeit wieder in Hartz IV führt. Selbst diejenigen, die alles tun, was das JobCenter von ihnen verlangt, sind nicht vor Sanktionen geschützt. Mit all dem werden nicht nur Erwerbslose zum Spurengerichteten, sondern ganz nebenbei auch das Gros der Lohnabhängigen. **Die Sanktionspraxis des JobCenter ist von Umsetzungsfehlern und Willkür geprägt und vielfach rechtswidrig.** Grundsätzlich verstößt der Entzug des Existenzminimums gegen die Menschenwürde. Wo das Geld für Medikamente und Lebensmittel fehlt,



wird die körperliche Unversehrtheit tangiert. Erst bei näherem Hinsehen erschließt sich, dass damit die Basis unserer demokratischen Gesellschaft erschüttert wird. Aus all diesen Gründen darf es ein "Weiter so" nicht geben. Wir plädieren für ein Aussetzen des Sanktionsparagrafen. Ein Moratorium ist nötig, um Zeit zu gewinnen - Zeit, um die in ihrem Ausmaß bislang zu wenig bekannten Mißstände in den JobCentern näher anzuschauen, Zeit, in der Erwerbslose vor diesen Mißständen geschützt werden, Zeit für eine öffentliche Debatte über den Sinn des Strafens von Erwerbslosen und Zeit für einen demokratischen

Verständigungsprozess zur Zukunft des Sanktionsparagrafen. *"Man fühlt sich auch ohne Sanktionen schon selbst erlebt zu haben - stets wie mit einem Bein über dem Abgrund. Ein Fehltritt oder ein Stolpern darf einfach nicht vorkommen."* Die 2. Auflage der Broschüre ist leicht überarbeitet und ergänzt um Kap. 7, sie kann **a)** als **pdf-Datei** von unserer Homepage herunter geladen werden: www.hartzkampagne.de, dort auf der Startseite unter "Aktuelles" oder **b)** als **Druckexemplar** per Post bestellt werden bei: Claudia Daseking, Grunewaldstr. 91, 10823 Berlin. Hierfür senden Sie uns bitte einen an Sie selbst adressierten Rückumschlag, der mit 85 Cent (für 1 Broschüre) frankiert ist oder mit 1,40 € (für 2 oder 3 Broschüren). Die Broschüre (104 Seiten) hat DIN A4-Format und ist 6 mm dick. Außerdem erbiten wir für die Druckkosten der Broschüre Briefmarken und zwar für jede gewünschte Broschüre 2 Briefmarken á 45 Cent und 2 Briefmarken á 55 Cent. **"Wer nicht spurt, kriegt kein Geld" Sanktionen gegen Hartz-IV-Beziehende - Erfahrungen, Analysen, Schlußfolgerungen.** (Alp) AutorInnen / Redaktion (AG Sanktionen der Berliner Kampagne gegen Hartz IV) Berlin 06/2009: Claudia Daseking, Jürgen Freier, Solveig Koitz, Anja vom Stein, Angelika Wernick. Gastbeitrag: Rosmarie Jäger Umschlag: Patricia Schwindkowski. Kontakt: sanktion@hartzkampagne.de Infos + Aufruf + Unterschriften: www.sanktionsmoratorium.de

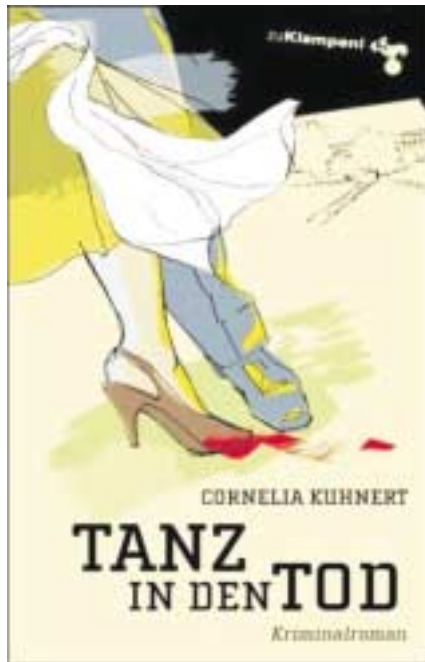
Bündnis für ein Hartz-IV-Sanktionsmoratorium: Aussetzung des § 31 (SGB II)

Erfolg ! Weisung der BA zurückgenommen. www.tacheles-sozialhilfe.de www.sanktionsmoratorium.de

www.arbeitsagentur.de/nn_166486/zentraler-Content/A07-Geldleistung/A071-Arbeitslosigkeit/Allgemein/VI-SGB-2-2009-10-13.html

@lptraum-Hannover-Krimi: "TANZ IN DEN TOD" von Cornelia Kuhnert

In einer Vorstadt Hannovers wird beim Tanz in den Mai eine Journalistin ermordet. War es einer der prominenten Gäste oder hat der Mord etwas mit den Tierversuchsgegnern zu tun? Wie jedes Jahr organisieren die Lions den Tanz in den Mai. Alles, was Rang und Namen hat, feiert ausgelassen in der Scheune des Isernhagenhofs. Doch dann wird die Leiche der ehrgeizigen Radiomoderatorin Manuela Winter auf dem Parkplatz gefunden. Sie wurde erdrosselt. Findet sich der Täter unter den Gästen? Weder der Staatsanwältin noch dem Chefredakteur des "Hannoverschen Anzeigers" ist bei diesem Gedanken behaglich zumute. Schließlich war auf dem Fest viel Hannoversche Prominenz anwesend. Der Fall soll deshalb schnell und ohne großes Aufsehen gelöst werden. Hauptkommissar Beckmann übernimmt die Leitung der Sonderkommission und versucht nun gemeinsam mit der Journalistin Martha Landeck, Licht in das Dickicht zu bringen. Auch die Gegner des Baus eines großen Tierversuchslabors im Süden von Hannover kommen als Täter in Frage. (@lptraum: "Doch nicht etwa die radikalen Tierversuchsgegner der Boehringer-Aktivistinnen aus Kirchrodes Bünteweg?") Aus



welchem Milieu kommt der Mörder? Cornelia Kuhnert, Jahrgang 1956, lebt schon immer in Hannover und Umgebung. Sie hat in Hannover studiert und viele Jahre in Burgdorf als Lehrerin gearbeitet. Mittlerweile wohnt sie in Isernhagen. Seit 2005 veröffentlicht sie Kriminalgeschichten. - "Isernhagen und

Burgdorf liegen im Nordosten Hannovers. Allerdings trennen diese beiden Orte zu meinem Bedauern mehr als nur ein, zwei Kilometer. Beide Orte sind mir jedoch besonders ans Herz gewachsen und die geografische Nähe im Roman entspricht meiner gefühlten. Den Isernhagenhof gibt es, genau wie das Kulturkaffee. Sie sind herzlich eingeladen, beide näher kennenzulernen. Die Personen und Charaktere sind jedoch frei erfunden und haben keine bewussten Ähnlichkeiten mit lebenden Personen, wenn doch, dann ist das rein zufällig und ohne Absicht geschehen. Auch gab es nie eine Tote beim Tanz in den Mai, der seit Jahren von den Lions im Isernhagenhof veranstaltet wird und mit ungebrochener Begeisterung von den Bewohnern der umliegenden Orte angenommen wird - und denen ich an dieser Stelle für ihren ehrenamtlichen Einsatz danken möchte." - Das Buch "TANZ IN DEN TOD" (Herausgeberin Susanne Mischke) ist gleichzeitig der neunte Band der regionalen Krimireihe im hannoverschen zu Klampen!-Verlag, 1. Aufl. 09/2009, ISBN: 9783866740525, 237 Seiten, 12,80 Euro Infos: www.zuklampen.de Die Mörder sind unter uns ! (ErSt)

@lptraum-NachDenkseiten: "Meinungsmache" von Albrecht Müller

Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen wollen: An vielen praktischen Beispielen wird gezeigt, dass wichtige politische Entscheidungen in strategisch geplanten Kampagnen der Meinungsbeeinflussung vorbereitet werden. Meinung macht Politik. Meinungsmache bestimmt auch wirtschaftliche Entscheidungen von Unternehmen. Meinungsmache bereitet Kriege vor und prägt oft die Geschichtsschreibung. Die Theorie

der demokratischen Willensbildung ist weit von dieser Realität entfernt. Wer über publizistische Macht und unbegrenzte finanzielle Mittel verfügt, bestimmt weitgehend die relevanten Entscheidungen und kann so seine Interessen durchsetzen. Wichtige Voraussetzungen für das Gedeihen demokratischer Willensbildungsprozesse sind nicht mehr gegeben. Mit der Lektüre dieses Buches wird Sie vermutlich nicht nur Zorn über den Missbrauch Ihres Vertrauens erfassen. Sie werden beim Lesen auch mehr und mehr spüren, dass es Lust bereitet, sich nichts vormachen zu lassen, selbst zu denken und seinen Gedanken wieder eine Stimme zu geben. Sie werden spüren, dass es gut tut, wieder zweifeln zu lernen. Wenn wir mehr zweifeln würden, könnten wir uns und unseren Kindern und Enkeln hohe Belastungen ersparen. Wenn wir unserer Regierung zum Beispiel nicht so treuherzig abgenommen hätten, jede Bank sei systemrelevant, dann hätten wir Milliarden sparen können, vermutlich in der Größe eines gesamten Bundes-

haushalts. Der Begriff "systemrelevant" steht für die teuerste denkbare Manipulation. Wir schlucken heute solche Zumutungen. Das Buch "Meinungsmache" soll den Widerstand dagegen stärken. "Meinungsmache" erschien am 21.08.2009. Schon in der ersten Woche nach Erscheinen errang das Buch Platz 17 der SPIEGEL-Bestsellerliste. Mit einer Vorbemerkung des Autors von "Die Reformlüge" & "Machtwahn" (@lptraum-Lesetipps 08/2008) zu unser aller Betroffenheit. Albrecht Müller, geb. 1938, studierte Nationalökonomie und war Redenschreiber von Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller. Von 1973 bis 1982 Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt bei Willy Brandt und Helmut Schmidt, von 1987 bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages. Albrecht Müller lebt als Publizist in der Südpfalz und betreibt die kritische Web-Site: www.NachDenkseiten.de Albrecht Müller: "Meinungsmache" Droemer Sachbuch 08/2009, ISBN: 978-3-426-27458-3, 448 Seiten, 19,95 Euro - Infos: www.droemer-knaur.de (ErSt)

Der Sozialismus glaubt an das Gute, der Kapitalismus an den Bonus

Allgemeines Politik-Sachbuch von Thomas Städtler: Das Leben ist zu kurz für langweilige Bücher bereits vorgestellt in @lptraum: Oktober 2009

@l p t r a u m

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

November - 2009

Unabhängig und absolut parteiisch

Jahrgang 5, Ausgabe 11

+++ lokal und aktuell +++

Mitstreiter findet ihr hier:



Montags - Demo - Hannover

Montags von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Offenes Mikrofon für jederman/frau & Kundgebung
Innenstadt, Georgstraße / Schiller-Denkmal
"Aufstehen gegen den Sozialkahlschlag!"

[ka:punkt] Beratungs- und Behandlungsstelle

Gruppenstraße 8 (Innenstadt) 30159 Hannover
"Offene Tür": ein Angebot der katholischen Kirche
Mo. - Fr. 10.00 - 18.00 Uhr, Sa. nur bis 14.00 Uhr
Anmeldung Beratung / Info: Telefon 0511 / 270 739-0

IG Metall-Arbeitskreis "Erwerbslose"

Jeden 1.+3. Mittwoch im Monat 10.00 - 12.00 Uhr
IG Metall - Haus, Postkamp 12, 30159 Hannover

ver.di Ortserwerbslosenausschuss

Jeden 1. Mittwoch im Monat 15.00 Uhr - 18.00 Uhr
"in der Rotation", ver.di - Höfe, Haus C
Goseriede 10, 30159 Hannover (Üstra-Linie 10 +17)
E-Mail: Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de

Arbeitskreis Arbeitslose Linden

Donnerstags 10.00 Uhr - 12.30 Uhr
im Freizeithaus Linden (Raum U 5)
Fred-Grube-Platz 1, 30451 Hannover
E-Mail: info@arbeitslosenkreis-linden.de

muli quer - musik und literatur

Jeden 4. Freitag ab 20.00 Uhr, Nordstadt-Bibliothek
Engelbosteler Damm 57, 30167 Hannover
...musik, lesung, zuhören, fragen, klönen
querkunst hannover E-Mail: wulfhuehn@online.de

Beistand aus Solidarität

Wir helfen uns gegenseitig!

Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de

Ein Begleitservice wird aufgebaut, mach mit!

Telefon 0173 / 1387081

Info: www.gegen-sozialabbau.de/downloads/bstand.pdf

+++ NEU +++

Projektgruppe "Agenda 2010 kippen"

demnächst wieder regelmäßige Treffen
des Sozialbündnis unter neuem Namen

Info-E-Mail: info@gegen-sozialabbau.de

Ort und Telefon sowie Online-Verbindung
werden noch bekannt gegeben.

Jetzt reicht's! **Politiker, die uns plagen, werden wir verjagen!** Jetzt reicht's!

AGENDA 2010 KIPPEN

www.gegen-sozialabbau.de www.alptraum.org

AGENDA 2010 KIPPEN



Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit.
Spendenkonto: H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4
BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

+++ Termine im November +++ @lptraum-Termine November 2009:

5 Jahre Hartz IV = 5 Jahre @lptraum 2005 - 2009

Über 60 Ausgaben kostenlose Hannoversche Zeitung
gegen Sozialabbau... - Infos unter: www.alptraum.org

Dienstag, 03. November 2009, 17.30 - 19.30 Uhr:

After Work 2009: Wie gründe ich einen Betriebsrat?
ver.di-Höfe, Rotation, Goseriede 10, 30159 Hannover

Damals vor 77 Jahren, ... anno 04. November 1932:

In Prag wird ein Arbeitsdienst für Erwerbslose eingeführt. Die
Betroffenen müssen an drei Tagen pro Woche in öffentlichen
Projekten arbeiten und erhalten dafür Lebensmittelgutscheine...

Mo., 09. - Di., 10.11.2009: SGB II-Grundlagenseminar

Komplettüber- und Durchblick SGB II & Rechtsdurchsetzung
Ort: Hamburg von 10 - 17 Uhr - Infos: www.harald-thome.de

Damals vor 71 Jahren, ... anno 09. November 1938:

Reichsprogromnacht: In der Nacht vom 9. zum 10. Nov. 1938
brannten jüdische Synagogen in ganz Deutschland. Am 10. Nov.
wurden mehr als 30.000 männliche Juden in Konzentrationslager
verschleppt... 1.Mai + 12.Sept.2009: Bunt statt Braun in Hannover.

Damals vor 20 Jahren, ... anno 09./10. November 1989:

Die Berliner Mauer fällt in der Nacht von Donnerstag, dem 9. Nov.,
auf Freitag, den 10. Nov. 1989, nach über 28 Jahren ihrer Existenz
als "antifaschistischer Schutzwall" der DDR. - "Das Volk sind wir!"

Samstag, 14. November 2009: Caritas international...

1 Million Sterne. Zeichen setzen für Solidarität! Machen Sie mit.
Telefon 0761-200 288 - Infos: www.caritas-international.de

Dienstag, 17. November 2009, 19 Uhr: Soziales Europa?!

Konkurrenz und Solidarität auf europäischen Arbeitsmärkten
Podiumsdiskussion mit Mag Wompe! von www.labournet.de
Pavillon, Lister Meile 4 (Raschplatz) www.pavillon-hannover.de

Mittwoch, 18. November 2009, 19.30 Uhr: Rote Hilfe e.V.

Vortrag von Marco Tullney: "Überwachung am Arbeitsplatz"
Pavillon, Lister Meile 4 (Raschplatz) www.pavillon-hannover.de

Do., 26. - So., 29.11.2009: marx is' muss 2009-Kongress

4 Tage Podien, Debatten, Workshops & Filme: www.marx21.de
Berlin, Alte Feuerwache/Kreuzberg - Infos: www.marxismuss.de

Ausstellung: "Künstler und Kriege - Krieg und Kunst"

Sprenkel Museum Hannover bis zum 29. November 2009
Kurt-Schwitters-Platz, 30169 Hannover: www.sprenkel-museum.de

Dienstag, 01. Dezember 2009: "Ein-Euro-Job-@gentur"

Verkündung der aktuellen [?] @beitslosenstatistik für: Nov. 2009
JobCenter Region Hannover: www.jobcenter-region-hannover.de

Laut Regelsatz stehen ALG II- und Sozialgeld-Empfängern

täglich 1,27 Euro für "Freizeit & Kultur" zur Verfügung!!!

Monatlicher Mobilitätsanteil: 12,82 Euro für BG-Vorstände.

Für "Bildung" laut Hartz-IV-Satz vom 01.07.09: 0,00 Euro...



@lptraum: info@gegen-sozialabbau.de



@lptraum gelesen und als interessant befunden? Mitmachen - Weitergeben